

Die Lösungsversuche in der südslawischen Frage.

Von Dr. Paul Samassa.

Vor einigen Monaten erschien ein Buch über die südslawische Frage von einem kroatischen Politiker, der sich unter dem Decknamen „Sübland“ verbirgt. Es ist etwas breit geschrieben, trotzdem sehr lesenswert, und berührt sympathisch durch den warmen Ton, in dem der Verfasser seine Sache vertritt. Geschichte und Ethnographie werden im reichsten Maße herangezogen, um zu beweisen, wie viel Unrecht dem kroatischen Volke im Laufe der Jahrhunderte geschehen ist; bald haben die Venezianer und die römische Kurie die Kroaten bedrängt, bald die Magyaren, Türken und Serben; im Kampfe gegen die Türken haben sie sich verblutet, von Oesterreich sind sie mit Un dank gelohnt und im Stiche gelassen worden. Nur kurze Zeit hat die Herrlichkeit des großkroatischen Reiches im Mittelalter gedauert; nun gelte es, altes Unrecht gut zu machen, das großkroatische Reich möge unter der Krone Habsburgs wiedererstehen, Kroatien, Bosnien, Herzegowina, Dalmatien und die zu Istrien gehörigen Quarnerischen Inseln zu einem Staatsgebilde vereinigt werden, das durch pragmatische Verträge mit beiden Staaten der Monarchie in ein eigenes Verhältnis tritt. Von einem Anschluß slowenischen und serbischen Gebiets an diesen Staat will der Verfasser nichts wissen; in den Serben sieht er überhaupt den größten Feind des kroatischen Volkes.

Das Schicksal der Kroaten ist das typische Schicksal eines Grenzvolkes. Man betont gewöhnlich — und das tut auch „Sübland“ — daß es an der Grenze der Kulturen als leidenschaftlicher Verteidiger der mitteleuropäischen Kultur gegenüber der orientalischen, die durch die Serben verkörpert werde, stets gestanden habe und noch stehe. Kultur ist hier aber doch ein zu schwankender Begriff, man wird der Wahrheit näher kommen, wenn man sagt, daß es das Unglück hatte, dort zu siedeln, wo die Mächte der Welt stets gekämpft haben. Nur in der glücklichen Abgeschlossenheit einer geographischen Lage, wie sie etwa Skandinavien aufweist, können kleine Völker sich leidlicher Unabhängigkeit erfreuen; der Weltkrieg hat uns freilich gezeigt, wie auch dieser Schutz immer problematischer wird, weil bei der Ausdehnung der Kampfgebiete selbst abgelegene Räume unseres Planeten für dessen Beherrschung an Bedeutung gewinnen.

Auch nach diesem Kriege wird das tausendjährige Reich nicht kommen. Die Entente verspricht zwar, dieser Krieg werde der letzte sein; wenn alle Völker den Preis dafür zahlen, sich der angelsächsischen Weltherrschaft zu beugen, so könnte es ja stimmen. „England ist unerbittlich gegen seine Feinde, aber mild gegen seine Sklaven“, sagte mir einmal ein Freund, der die Engländer auf Grund der Erfahrung fast eines ganzen Lebens gut kennt. Die Verfasser des jugoslawischen Programms verlassen sich auf diese Milde und darauf, daß der Herr ja ziemlich weit wohnen wird. Das ist für die Leibeigenen nicht immer ein Vorteil, denn der Bogt ist meist rücksichtsloser als der Herr. Der Bogt würden in diesem Falle die Serben sein; und wehe dann den Kroaten von der Bestimmung „Süblands“, die noch heute die Mehrheit des kroatischen Volkes bilden dürften. Wenn die Ententeträume aber nicht in Erfüllung gehen und wir uns behaupten, dann werden auch die Südslawen den Lasten Rechnung tragen und sich in Abhängigkeiten finden müssen, die durch den Weiterbestand des österreichisch-ungarischen Staates und durch die geographische Lage ihrer Wohnsitze bedingt sind. Oesterreich kann sich so wenig wie Ungarn durch einen südslawischen Staat vom Meere abschneiden lassen; bei allen Autonomie-Experimenten wird man sich aber immer vor Augen halten müssen, wie enge heute Politik, Verwaltung und Wirtschaft zusammenhängen. Und die Tatsache allein, daß beide Staaten als solche bestehen, ergibt die Notwendigkeit besonderer Lösungen für jeden Staat, womit natürlich nicht gesagt ist, daß er an der Lösung jenseits seiner Grenze nicht beteiligt sei, was in ganz besonderem Maße von Oesterreich gilt, von dem ja die Aufgabe von Rechten und Besitztiteln sowohl bezüglich Bosniens wie Dalmatiens gefordert wird.

Jenseits der Leitha will man nun an eine Neuordnung herantreten. Man braucht dies nicht gerade mit dem Wunsche in Zusammenhang zu bringen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach dem Programm der Entente zu verwirklichen und dadurch dem Frieden vorzuarbeiten. Denn vor den Augen des Herrn Wilson würden wir damit kaum Gnade finden. Aber es ist ja an sich gerechtfertigt, zwei Provisorien ein Ende zu machen, von denen das bosnische nun vierzig, das dalmatinische über fünfzig Jahre dauert; Krieg und Friedensschluß können ja wohl als Anlaß zu einem „Großreinemachen“ gelten. Geographie und Volksgeschichte sprechen für einen Anschluß Bosniens und Dalmatiens an die Länder der ungarischen Krone; das lehrt ein Blick auf die Landkarte. Die Ethnographie beschränkt innerhalb dieses Rahmens die Vereinigung mit Kroatien-Slawonien. Der Anspruch Ungarns auf freien Zugang zum Meer und wirtschaftliche Betätigung, aber auch auf politische Sicherung seiner breiten und von allen seinen Grenzen verwundbarsten Südküste wird mit den berechtigten nationalen Ansprüchen der Kroaten auf Zusammenschluß und Selbstverwaltung irgendwie in Einklang gebracht werden müssen. Sind die Magyaren im Falle des Sieges des Vierbundes politisch und wirtschaftlich gegenüber den Kroaten und Serben die Stärkeren, so sind sie doch nicht so stark, daß sie nicht auch einen billigen Vergleich einem einseitigen Diktat vorziehen müßten. Zurzeit besteht der Gegensatz zwischen Magyaren und Kroaten darin, daß jene Bosnien-Herzegowina in unmittelbarer Abhängigkeit von Ungarn bringen, diese es mit Kroatien vereinigen und den ungarisch-kroatischen Ausgleich vom Jahre 1868 einer

Revision unterziehen wollen. Ist das Bestreben der ungarischen Politiker begreiflich, Kroatien nicht zu stark werden zu lassen, so ist doch andererseits die bisher befolgte Politik, sich auf die Serben zu stützen, um die Kroaten niederzuhalten, ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, doppelt gefährlich, wenn das selbständige serbische Königreich wiedererstehen wird.

Der Rechtsanspruch Oesterreichs, sich in diese Frage einzumischen, ist zwar unansehnlich; es ist der faktische Besitz der Dalmatiens und der paritätische Mitbesitzer Bosniens und der Herzegowina. Wenn also ohne seine Zustimmung keinerlei Neuordnung — weder im magyarschen, noch im kroatischen Sinne — möglich ist, so folgt daraus das unzweifelhafte Recht, diese Zustimmung von einer bestimmten Art der Lösung abhängig zu machen. Aus zwei Gründen scheint es mir aber nicht klug, von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Erstens pflegt man einen Gegenstand nicht zweimal zu bezahlen und gerade die Magyaren zu allererst. Wir haben aber für die Aufgabe unserer Rechte auf Dalmatien und Bosnien doch Forderungen zu stellen, die uns wichtiger sein müssen als die kroatischen Wünsche; sie liegen auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, des Verkehrs und der Finanzen. Ein genaueres Programm hier aufzustellen, muß ich mir versagen. Zweitens wird eine Verständigung zwischen den Magyaren und Kroaten immer durch das Mißtrauen auf magyarscher Seite erschwert, die Kroaten sehen sich als Werkzeug „großösterreichischer“ Politik gegen Ungarn gebrauchen. Nun haben wir heute zwar, weiß Gott, andere Sorgen und gerade die Deutschen in Oesterreich, die ja allein die Träger einer „großösterreichischen“ Politik sein könnten, haben weit mehr das Bedürfnis, sich mit den Magyaren zur Abwehr gemeinsam drohender Gefahren zu verständigen, als ihnen Prügel zwischen die Füße zu werfen. Umso mehr wird man andere Kreise hinter der Haltung der österreichischen Regierung in der südslawischen Frage vermuten. Eine klare Stellungnahme der deutsch-slawischen Parteien wäre darum sehr erwünscht. Sie müßte zum Ausdruck bringen, daß sie jede Lösung ablehnt, die das slowenische Gebiet einbezieht, was ja auch der Standpunkt der ungarischen Politiker ist; daß Oesterreich für die Aufgabe seiner Rechte entsprechende Entschädigungen fordert, die aber nicht etwa in Polen liegen dürfen, und daß es, wenn diese Frage befriedigend gelöst ist, sich in die Auseinandersetzung zwischen Magyaren und Kroaten in keiner Weise einmischen will, wenn es natürlich auch den Wunsch hat, die schließliche Lösung möge im Einvernehmen zwischen den beiden Völkern erfolgen und beide Teile befriedigen.

Die Korrespondenz „Austria“ meldet:

In der Christlichsozialen Partei hat man sich wiederholt mit der Lösung der südslawischen Frage beschäftigt. Insbesondere in den Beratungen des von der Christlichsozialen Vereinigung zum Studium der Verfassungsfragen eingesetzten Komitees unter Vorsitz des Abg. Dr. Schöpfer, das hierüber auch wiederholt mit dem deutschnationalen Verfassungskomitee unter Vorsitz Dr. Urbans und unter Beiziehung einer Anzahl von Herrenhausmitgliedern und Sachverständigen aus Gesandtenkreisen usw. gemeinsame Beratungen hielt. Die neuen Nachrichten über die im Werden begriffene Lösung der südslawischen Frage werden mit größtem Interesse verfolgt. Einmütig tritt bei diesen unverbindlichen Erörterungen die Auffassung hervor, daß diese Lösung nur unter Mitwirkung aller berufenen gesetzgebenden Körperschaften und im beiderseitigen Einvernehmen der diesseitigen wie der jenseitigen Reichshälfte erfolgen kann. Es wären demgemäß die Parlamente in Wien und Budapest sobald als möglich genau über die Pläne der beiderseitigen Regierungen und über den Stand ihrer Verhandlungen zu unterrichten. In christlichsozialen Kreisen hält man dafür, daß die südslawische Frage unter keinen Umständen mit der sogenannten austropolnischen Lösung verquittet werden darf, sondern vielmehr im Sinne des großkroatischen Programmes erfolgen soll.

Eine Äußerung Dr. Welcker's.

D. Budapest, 24. September. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) Die „Ungarische Korrespondenz“ meldet: In einem Interview mit dem Chefredakteur des „Magyar Hirlap“ hat sich Ministerpräsident Dr. Welcker über die südslawische Frage folgendermaßen geäußert:

Die südslawische Frage ist nicht von uns aufgerollt worden, vielmehr ist sie durch jene systematische Verletzung aktuell geworden, welche auf eine Aenderung der heutigen staatsrechtlichen Verfassung ausgeht. Es handelt sich nicht um eine nationale Vereinigung, der angeblich wir im Wege stehen, sondern vielmehr darum, daß entgegen dem Interessen der Monarchie und Ungarn solche Völkervereinigungen vereinigt werden sollen, die weder ethnisch, noch ethnographisch, weder in ihren Konfessionen, noch in ihren Traditionen, noch in ihrer Lebensweise jemals eine Einheit gebildet haben und auch heute keine bilden. Uns gegenüber eine künstliche Einheit zu schaffen, das kann das Bestreben anderer sein, aber nicht das unsere. Es gibt auch keinen ungarischen Politiker von Gewicht, der in dieser Hinsicht anderer Meinung wäre. Die historischen Rechte Ungarns sind auch bei der Annexion von Bosnien und der Herzegowina anerkannt worden. Diesen ungarischen Standpunkt halten wir weiterhin aufrecht und halten an unserem im Gesetze zugestandenen Rechte fest, andererseits müßte in Betracht gezogen werden, daß auch Oesterreich in dieser Frage mitsprechen wird. In einer Anzahl von unseren Gesetzen ist eine ausdrückliche Verfügung enthalten, die Oesterreich das Recht gibt, mitzupringen, so daß es keinem Zweifel unterliegt, daß der bestehende Zustand nur im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden kann.